

Anlage 3

Rede der Oberbürgermeisterin Frau Borris zur aktuellen Debatte – TOP 5

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Zuschauer auch auf dem digitalen Kanal, liebe Gäste,

im Grunde muss ich der AFD danken, dass sie mit der aktuellen Debatte mir die Möglichkeit gibt, zu Fragen der Migration, denn das war das eigentliche Thema, das Sie als aktuelle Debatte eingebracht haben, hier nochmal auszuführen und die unterschiedlichen Facetten von Migration darstellen zu können. Dennoch wäre Ihnen an einer konstruktiven, fundierten Debatte gelegen, hätten Sie uns sicher frühzeitiger informiert.

Keinen einzigen Lösungsansatz habe ich in dem Vortrag von Herrn Mertens gehört.

Wir als Städtetag wenden uns permanent an Bund und Land, um zu sagen, dass Geld alleine nicht ausreicht. Wir brauchen Hilfe, eine gesteuerte Asylzuwanderung und im Grunde auch eine gesteuerte Zuwanderung.

Migration wird in der öffentlichen Debatte häufig auf die Flüchtlingszuwanderung reduziert. Das ist natürlich zu kurz gegriffen und verkennt, dass aus verschiedensten Gründen eine gesteuerte Zuwanderung für uns zwingend erforderlich ist.

Der Migrationsbegriff insgesamt umfasst als Bevölkerung mit Migrationshintergrund alle Personen, die entweder selbst nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind oder bei denen mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist. Hierzu gehören Ausländerinnen und Ausländer, (Spät-) Aussiedlerinnen und Aussiedler, Eingebürgerte, Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Adoption erhalten haben sowie die

mit deutscher Staatsangehörigkeit geborenen Kinder dieser vier Gruppen.

Neben der Migration aus beruflichen, familiären und Bildungszwecken ist die Flucht vor angedrohter oder erlebter Verfolgung und Gewalt (Schutzsuchende) ein verbreitetes Motiv.

Aufgrund der Freizügigkeit bei der Wahl des Wohnortes innerhalb der EU stellen Ausländerinnen und Ausländer aus EU-Staaten eine große Gruppe dar.

Allein daran können Sie schon erkennen, dass das Thema Migration vielschichtig und auch die Anforderungen an Integration unterschiedlich sind.

Fakt ist, dass die Gruppe der Geduldeten, Ukrainer und aus humanitären Gründen aufenthaltsberechtigter wesentlich kleiner ist als die der Fachkräfte.

Dass Magdeburg bunter und internationaler ist und noch mehr wird, ist deutlich zu erkennen und auch unter dem Aspekt der Ansiedlung von Intel und anliegenden Zulieferern im Umland auch folgerichtig.

Gerade gestern wurden die Studierendentage von Hochschule und Universität beendet mit einem hervorragendem Projekt JOBS HERE Ziel war es, die große Zahl, insbesondere ausländischer Studierender auf die guten Möglichkeiten qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze hinzuweisen, damit diese nach dem Studium nicht in andere Städte oder gar Länder abwandern. Startup- und andere Unternehmen, Intel und auch die Stadt waren dort vertreten. In der Stadt Magdeburg als Wissenschaftsstadt studierenausländische Studenten. Damit erklärt sich auch die Konzentration dieser Gruppe in der Alten Neustadt und dem Universitätsviertel, eine Gruppe, die wir als Uni und Stadt unbedingt als Fachkräfte bspw. in der Informatik halten müssen.

Es war eine Freude, bei den Studierendentagen auf unterschiedlichsten Veranstaltungsformaten wie bspw. dem Fest der Kulturen in der Festung Mark zu sehen, wie ein Miteinander gelingen kann. Aus einer quantitativen Befragung aus dem Projekt Vielfalt Gestalten geht hervor, dass Migrant*innen eben nicht die Segregation, sondern den Kontakt zur einheimischen Bevölkerung suchen, weil sie insbesondere das Erlernen der deutschen Sprache und die Aufnahme einer qualifizierten Beschäftigung als unabdingbar ansehen.

Sprache ist der Schlüssel zu einer gelingenden Integration. So ist es zu begrüßen, dass es eine Neuauflage der Förderung von Sprachkitas gibt, denn frühzeitig im Kindesalter mit Integration anzufangen, bringt den Erfolg. Dazu gehören auch die Implementierung von Kita- und Schulsozialarbeiterinnen, die nicht nur für die Kinder sondern insbesondere auch für Eltern zur Verfügung stehen. Und ausdrücklich nicht nur für ausländische Mitbürger.

Soziale Unterschiede sind wichtiger als nationale! (ethnische Zugehörigkeiten, Sprachen, religiöse Traditionen, regionale und lokale Identitäten, kulturelle Werte und Praktiken, soziale Lagen und Aufenthaltstitel- und Gründe spielen entscheidende Rolle für Teilhabepotenziale und Integrationswege)

An 11 von 39 Grundschulen liegt der Migrationsanteil bei über 25%, im Gesamtdurchschnitt bei 23%. Eine Herausforderung, die durch gezielte Maßnahmen wie Sprachkurse, Schulsozialarbeit und Elternarbeit entgegengewirkt werden muss.

Besondere Projekte in diesem Zusammenhang sind gerade im Bereich der Neustadt umgesetzt worden bzw. sind in Fortsetzung:

Projekt Neustadtmiteinander, insbesondere für Roma-Angehörige mit Einzelfallberatung im Gegenzug zu Information und Aufklärung über Integrationsmöglichkeiten, Beteiligung der Zielgruppe an

Aktivitäten im Stadtteil verbessern, sprachliche Vermittlung und Konfliktlösungen in Nachbarschaften, Bildungseinrichtungen, Behörden etc.

Vorschul-Projekt für Kinder, die an der GS "Am Umfassungsweg" eingeschult werden und zuvor keine Kita besucht haben, um sie und ihre Familien auf den Schuleinstieg vorzubereiten und die Schule zu entlasten.

AMIF-Projekt "Vielfalt gestalten - Integration im Gemeinwesen": mit Zielgruppe der Drittstaatsangehörigen: niedrigschwellige Verweisberatung, mehrsprachige Informationsveranstaltungen zu Alltagsthemen, Organisation von Begegnungsformaten in den Stadtteilen, Vermittlung bei Verständigungsschwierigkeiten.

Darüber hinaus:

- Stadtteilmanagement
- Migrationsberatungsstellen
- Kitas und Schulen bzw. Kita- und Schulsozialarbeit – Hinweis auf Ankunftskitas mit mehrsprachigem Ansatz
- Projekte Utopolis und #moritz4all und in Neue Neustadt
- Migrantische Vereine
- Stadtteiltreffs und -initiativen
- Projekte, die Studierende und Fachkräfte beim Ankommen in Magdeburg begleiten
- Freiwilliges Engagement der Freiwilligenagentur), ehrenamtliche Patenschaften, z.B. über das Integrationslotsen-Projekt, das die Stadt selbst umsetzt
- Islamische Gemeinde und Beirat für Integration und Migration, die vermittelnde Rollen einnehmen

Asyl zu geben ist Pflichtaufgabe der Kommune und der Gesellschaft

Bund und Land sind zur Kostenerstattung für die Unterbringung und Leistungen verpflichtet. Eine Pauschale in Höhe von 11.200 Euro pro Kopf wird übernommen, zusätzlich Krankenleistungen für Einzelfälle mit Kosten über 10.000 Euro.

Insgesamt wurden ca. 12 Mio. Euro beantragt, bereits geflossen sind 7,6. Der Bund hat bereits weitere Zahlungen in Aussicht gestellt.

Ausreisepflichtige Asylbewerber sind von 2018 mit 1347 zu 2023 mit ca. 740 gesunken.

Für die Aufnahme der Kriegsflüchtigen aus der Ukraine 2022 sind von den ca. 15 Mio. bereits 12,6 erstattet worden. Von einer vollständigen Erstattung gehen wir aus.

Für den Personenkreis mit Rechtskreiswechsel in das SGB II und XII wird von einer Entlastung durch vollständige Übernahme der Kosten der Unterkunft in Höhe von 4 Mio. EUR/ausgegangen.

Personelle Überforderung

An der Stelle möchte ich auf die insgesamt bestehende Belastungssituation der Verwaltung durch eine hohe Anzahl von freien Stellen verweisen, deren Besetzung aufgrund des Arbeitnehmermarktes immer schwieriger wird. Eine Belastung entsteht auch durch die permanenten Änderungen/Erweiterungen der gesetzlichen Regelungen, die wir umzusetzen haben, durch die Folgen der Krisen der vergangenen Jahre, wo Verwaltung immer wieder aus dem Bestand zusätzliche schwierige Aufgaben zu leisten hatte.

Es ist keine Überforderung erkennbar, gleichwohl eine hohe Belastung. Aber die Übersicht zeigt, dass gerade die ABH verstärkt Personal zugeführt bekommen hat und die Stellenpläne machen deutlich, dass nahezu alle Stellen besetzt sind, auch im Leistungsbereich Asyl.

Eine Überforderung ergibt sich in der Ausländerbehörde insbesondere durch die räumliche Situation und nicht hinreichende Digitalisierung. DA sind wir auf einem guten Weg und Sie können heute (oder Montag) einen wichtigen Beitrag

zur Entlastung bringen, wenn Sie der vorgesehenen Unterbringung zustimmen.

Ich/wir sehen Migrant*innen als Chance/Fachkräftegewinnung.

Wenn wir uns den Arbeitskräftemarkt ansehen und die immer zunehmende nicht mögliche Besetzung von Stellen auch in der LH MD, dann muss jedem klar sein, dass wir ohne gesteuerte Migration und Integration Geflüchteter auf dem Arbeitsmarkt als fehlende Fachkräfte nicht mehr auskommen. Angesichts der Abgänge der Babyboomergeneration in den nächsten Jahren verschärft sich diese Situation.

Wenn Sie bspw. einen Aufenthalt im Klinikum hatten, werden Sie feststellen, dass eine nicht unerhebliche Anzahl des Personals mit Migrationshintergrund ist. Ohne diese Arbeitskräfte kommt die Klinik nicht aus.

Allein im Bereich der Pflege ist, nach der letzten Berichterstattung aus dem Sozialdezernat, wenn künftig das Verhältnis von ambulanter Pflege, stationärer Pflege und Pflegegeldempfängern sowie der Beschäftigungsumfang der Pflegekräfte künftig gleichbleibt, 2030 mit einem Bedarf von 4211 Pflegekräften in Magdeburg zu rechnen (gegenüber 2021 Steigerung um 145) und 2045 mit einem Bedarf von 4550 Pflegekräften (weitere Steigerung um 339).

Die Novellierung des Fachkräftezuwanderungsgesetzes ist somit ein wichtiger Schritt in Richtung Fachkräftegewinnung.

Eckpunkte:

- leichtere Einreise für ausländische Fachkräfte mit Berufserfahrung und persönlichem Potenzial, für welche ein dringender Bedarf besteht (Zahl offener Stellen 2022: 1,98 Millionen; insbesondere: Gesundheits- und Pflegeberufe, KITA-Personal, IT, weitere Produktions- und Dienstleistungsbranchen; Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

- Sicherung der Fachkräftebasis als größte ökonomische Aufgabe
- Schaffung eines modernen Einwanderungsrechts
- Neuerungen/Eckpunkte:
 - Schnellere Anerkennung der Abschlüsse
- o Ein Berufsabschluss muss somit nicht mehr zwingend in Deutschland anerkannt werden
- o Einführung einer Punktesystem-basierten Chancenkarte zur Arbeitssuche, um Potenzial der Menschen in den Blick nehmen zu können
- o Kontingentierte kurzzeitige Beschäftigung
-
- Bemühung um Anstellung von Migrant*innen in der Stadtverwaltung (siehe SN)

Segregation vermeiden, freiwillige Segregation ist nicht steuerbar

Konzentration natürlich da, wo Unterkünfte für Asyl bestehen, Studierende wohnen und EU-Bürger.

Altstadt, Alte Neustadt Studierende, Neue Neustadt EU-Bürger
Herrenkrug – Landesaufnahmeeinrichtung

Leipziger Str. – Umfeld ehemaliger Unterkünfte, Bezug von Wohnungen im ehemaligen Einzugsbereich.

Nachvollziehbar, da in diesen Bereichen wie auch im Norden der Stadt eine hohe Zahl von Wohnungen mit angemessenen Mieten zu finden sind.

Gegensteuerungen sind mit Unterstützung der Wohnungsunternehmen möglich, indem für eine gute Durchmischung von preislich verschiedenen Wohnungen gesorgt wird. Positives Beispiel ist die Entwicklung von Olvenstedt.

Steuerungsmöglichkeiten bei EU-Bürgern ist nicht gegeben, da freie Wahl des Wohnsitzes besteht.

Fazit:

Wir brauchen Migration.

Wir wollen Integration.

Dafür brauchen wir die Zeit und geeignete Grundlagen.

Geld allein vom Bund reicht nicht. Es braucht

Planungssicherheit und Steuerung durch den Bund – und auch des Landes.

Kulturelle Vielfalt ist nicht zuletzt ein Wirtschaftsfaktor!